



An den Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung  
Herrn Steffen Krach  
sowie die  
Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung  
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Berlin, den 07.01.2020

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Krach,  
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung,

mit dem **Zukunftsvertrag "Studium und Lehre stärken"** haben Bund und Länder einen neuen Weg zur dauerhaften gemeinsamen Verantwortung für die Grundfinanzierung der Hochschulen eingeschlagen. Damit soll nicht nur die finanzielle Sicherheit der Hochschulen erhöht, sondern auch eine transparente und zielorientierte Steuerung der Mittelverwendung unter Berücksichtigung länderspezifischer Schwerpunkte erreicht werden. Die Schwerpunktsetzungen (mit überprüfbaren qualitativen und quantitativen Indikatoren), die die Länder in Abstimmung mit dem Bund alle sieben Jahre in Verpflichtungserklärungen festlegen, bilden die Grundlage für ein transparentes Berichtswesen. Damit werden zugleich bessere Mitwirkungsmöglichkeiten für die Mitglieder der Hochschulen und deren Vertretungen eröffnet.

Im Zukunftsvertrag sind Ziele und Maßnahmen formuliert, die insbesondere auf den **Ausbau von unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen des wissenschaftlichen, mit Studium und Lehre befassten Personals** an Hochschulen sowie eine **Verbesserung der Betreuungssituation** abzielen. Die Länder müssen gegenüber dem Bund Verpflichtungserklärungen zur Umsetzung des Zukunftsvertrages für den Zeitraum von **2021 bis 2027 bis zum 15.01.2020** abgeben, die bis Mai 2020 noch überarbeitet werden können. Für das Land Berlin bedeutet das, eine über die Ziele der Hochschulverträge von 2018 -2022 hinausgehende Strategie zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Betreuungssituation an den Berliner Hochschulen aufzustellen. Gleichzeitig muss ein **verbindliches Verfahren mit den Hochschulen und den Vertretungen der Beschäftigten und Studierenden** vereinbart werden, wie die Ziele erreicht werden können und welche hochschulpolitischen Rahmenbedingungen dafür notwendig sind.

Das Bündnis FRIST IST FRUST Berlin, dem die Gewerkschaften ver.di Berlin-Brandenburg und GEW BERLIN sowie das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft angehören, erwartet von der Landespolitik, dass fast zwei Jahre nach den beschäftigungspolitischen Ankündigungen zu guter Arbeit an den Hochschulen im Koalitionsvertrag endlich eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Beschäftigungssituation vorgelegt wird. Diese muss u.a. differenzierte Angaben nach Geschlecht und Qualifikation, nach Umfang der Beschäftigung und nach Dauer der Arbeitsverträge enthalten und die konkreten Maßnahmen bzw. Personalentwicklungspläne der Hochschulen auswerten. **Das Forum "Gute Arbeit an Berliner Hochschulen" kann und muss die Fortschritte und Hindernisse bewerten und den Prozess begleiten.**

Um der Forderung nach mehr Dauerbeschäftigung beim mit Studium und Lehre befassten Personal aus dem Zukunftsvertrag näher zu kommen, müssen die Hochschulen

Dauerstellenkonzepte vorlegen, die eine unbefristete Perspektive für das wissenschaftliche Personal neben der Professur **in allen Fächern** eröffnen.

In den Hochschulverträgen haben sich die Berliner Hochschulen zwar verpflichtet, eine Mindestquote von 35 % unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse des aus Haushaltsmitteln finanzierten wissenschaftlichen Personals des akademischen Mittelbaus bis zum 31.12.2020 umzusetzen. Es fehlen jedoch konkrete Vorgaben zur Bezugsbasis und zu den Stelleninhalten für diese Beschäftigung, nicht zuletzt auch geschlechtsspezifische Daten. Eine Durchschnittsquote von 35 % für eine Universität kollidiert allerdings mit der Fächerstruktur, bei der z. B. geräte- und übungsintensive Fächer bereits hohe Dauerstellenanteile haben und damit die Durchschnittsquote der gesamten Hochschule bestimmen. Damit wird verschleiert, dass etliche Institute bzw. Lehrbereiche keine oder fast keine Dauerstellen haben und auch nicht einrichten müssen. So kann der „Paradigmenwechsel“ in der Beschäftigungspolitik (siehe Koalitionsvertrag) nicht konsequent umgesetzt werden. Um dem wissenschaftlichen Personal in allen Fächern gleiche Chancen auf unbefristete Beschäftigung zu eröffnen, muss die Zielquote von mindestens 35 % differenziert nach Fächern bzw. Fächergruppen umgesetzt werden. Das bedeutet eine entsprechende Erhöhung der Gesamtquote spätestens ab 2023. Die Entfristung von befristeten Stellen und die Schaffung von neuen Dauerstellen kann das Land durch Anreize in den Hochschulverträgen unterstützen. Das betrifft auch die Senkung des Anteils von Lehraufträgen im Gesamtlehrangebot. Zu den landesspezifischen Herausforderungen in Berlin gehört der fast flächendeckende NC. Berlin weist seit Jahren den Spitzenwert aller Bundesländern mit über 70 % aus. Damit jede neue Dauerstelle nicht automatisch zur Steigerung der Studierendenzahlen führt, sind von der Landespolitik Rahmenbedingungen im Zulassungsrecht zu schaffen, die eine reale Verbesserung der Betreuungssituation ermöglichen.

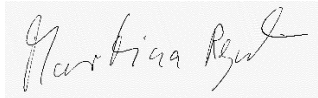
Der Zukunftsvertrag sieht eine regelmäßige, prozessbegleitende Evaluation der Vereinbarung vor, die erstmals 2025 erfolgen soll. Das Bündnis erwartet, dass die Mitglieder der Hochschulen, die Vertretungen der Beschäftigten und Studierenden sowie die Gremien der akademischen Selbstverwaltung von Anfang an und kontinuierlich an dem Monitoring beteiligt werden. Wir bieten zugleich die konstruktive Expertise des Bündnisses an.

Wir bitten Sie, möglichst zeitnah das Forum Gute Arbeit einzuberufen und das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Wir bitten Sie zudem darum, dort offen zu legen, welche Punkte die Verpflichtungserklärung des Landes Berlin gegenüber dem BMBF konkret enthält und die entsprechenden Daten zur Bestandsaufnahme zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Jana Seppelt  
Fachbereich Bildung,  
Wissenschaft und Forschung  
ver.di Berlin-Brandenburg



Martina Regulin  
Leiterin des Vorstandsbereichs  
Hochschulen / Lehrer\*innenbildung  
der GEW BERLIN



Dr. Dr. Peter Ullrich  
Netzwerk für Gute Arbeit  
in der Wissenschaft

#### Kontakte

ver.di Berlin: Jana Seppelt und Antje Thomass, fb05.bb@verdi.de

GEW BERLIN: Martina Regulin, wissenschaft@gew-berlin.de

NGAWiss: Dr. Dr. Peter Ullrich, ullrich@ztg.tu-berlin.de